

Thema: Prater Wien

Autor: Köksal Baltac

Verkehr. In ganz Wien sollen Straßen in Wohngebieten zu Tempo-30-Zonen umgewandelt werden. Die Pläne für den Ausbau liegen vor. In der Opposition und den Bezirken regt sich heftiger Widerstand.

VON KÖKSAL BALTACI

„Willkürakt“ – Streit um Tempo-30-Zonen

[WIEN] Die Ausweitung der Tempo-30-Zonen in Wien nimmt Gestalt an. In den kommenden zwei Jahren sollen in der ganzen Stadt Straßen in Wohngebieten zu 30er-Zonen umgewandelt werden. Ausnahmen bleiben Hauptverkehrsadern. Die Grünen erhoffen sich eine Erhöhung der Verkehrssicherheit und Verbesserung der Lebensqualität. Während der Verkehrsclub Österreich den Vorstoß begrüßt, lehnen ihn die Opposition sowie zahlreiche Bezirksvorsteher strikt ab. Die Ausweitung wird laut Rüdiger Maresch, Verkehrssprecher der Wiener Grünen, in zwei Stufen erfolgen. In einer ersten Tranche sollen im nächsten Jahr etwa in der Leopoldstadt die Grätzel um den Karmeliter- und Volkertmarkt zur 30er-Zone werden. Für die Donaustadt und Döbling hingegen sind die Ausweitungen erst 2013 geplant.

„Finanzieller Anreiz“

„In einem Großteil der Wohngebiete ist ohnehin schon Tempo 30 vorgeschrieben, jetzt soll das auch in den restlichen Straßen umgesetzt werden“, sagt Maresch im Gespräch mit der „Presse“. „Wir wollen damit durch weniger Lärm die Lebensqualität verbessern und durch kürzere Bremswege die Verkehrssicherheit erhöhen.“ Jeder Verletzte oder Tote im Straßenverkehr sei einer zu viel. „80 Prozent der Kosten von einer Million Euro wird die Stadt übernehmen“, so Maresch.

„Mit diesem finanziellen Anreiz hoffen wir, dass die Bezirksvorsteher unser Angebot annehmen, und die Umsetzung der Tempo-30-Zonen sofort beginnen kann.“ Über die Köpfe der Bezirksvorsteher hinweg werde es jedenfalls keine Weisung geben – sie

hätten das letzte Wort. Maresch: „Allerdings sind sie es dann auch, die in ihren Bezirken Unfälle mit Schwerverletzten und Toten erklären müssen.“

Widerstand in den Bezirken

„In Döbling kann das Herr Maresch vergessen“, sagt Bezirksvorsteher Adi Tiller (VP). „Eine weitere Ausweitung der Tempo-30-Zonen belastet den Steuerzahler und die Umwelt. Ich werde diesem Willkürakt nicht zustimmen.“ Wenn den Grünen so viel an der Verkehrssicherheit liege, sollten sie die Schulwege besser sichern und den Schutz der Fußgänger vorantreiben. „In letzter Konsequenz würde ich eine Bürgerbefragung durchführen, bevor ich den Plänen von Herrn Maresch zustimme“, sagt Tiller.

Auch die Bezirksvorsteher von Hietzing, Heinz Gerstbach (VP), und Floridsdorf, Heinz Lehner (SP), haben kein Verständnis für die Tempo-30-Offensive der Stadt. In beiden Bezirken sei das Potenzial von 30er-Zonen ausgeschöpft.

Ebenfalls ablehnend haben sich FPÖ, BZÖ und ÖVP Wien geäußert. Flächendeckende 30er-Zonen würden die Umwelt stärker belasten und die Autofahrer schikanieren. Aus Sicherheitsgründen ist der Autofahrerclub ÖAMTC gegen eine weitere Ausdehnung.

„Flächendeckende 30er-Zonen haben den Nachteil, dass Stellen, bei denen besondere Gefahrensituationen wahrscheinlicher sind, nicht klar hervorstechen“, warnt ÖAMTC-Jurist Martin Hoffer. Nicht ohne Sorge blicken auch die Wiener Linien den geplanten Ausweitungen entgegen. „Wir wissen noch nicht genau, welche Straßen betroffen sind und inwiefern wir von den Ausnahmen profitieren werden“, sagt Sprecherin Anna

Maria Reich. Ihr Wissensstand sei jedenfalls der, dass auf manchen Durchzugsstraßen keine 30er-Beschränkung gelten werde. „Wir werden sehen, wie sich das auf unsere Verkehrsmittel auswirkt.“

Tödliches Risiko

Der Verkehrsclub Österreich (VCÖ) hingegen begrüßt den Vorstoß – dadurch würde sich das tödliche Unfallrisiko deutlich verringern. Im vergangenen Jahr seien drei Viertel der Verkehrstoten Fußgänger gewesen. „Die Ausweitung der Tempo-30-Zonen in Wien ist ein längst überfälliger Schritt, um die Verkehrssicherheit für Fußgänger zu erhöhen“, so VCÖ-Sprecher Christian Gratzner. Werde ein Fußgänger mit 50 km/h angefahren, liege die Wahrscheinlichkeit, tödlich oder schwer verletzt zu werden, bei 80 Prozent. Bei einer Aufprallgeschwindigkeit von 30 km/h sinke dieses Risiko auf 40 Prozent.

Hintergrund der Ausweitung von Tempo-30-Zonen in Wohngebieten ist eine Vereinbarung im Koalitionsabkommen zwischen SPÖ und Grünen. Dafür wurde eine Studie in Auftrag gegeben, um geeignete Straßenzüge zu ermitteln. Nun liegt das Ergebnis dieser kartografischen Erhebung vor. Dieses ist laut Maresch den Bezirken bereits übermittelt worden.

Thema: Prater Wien

Autor: Köksal Baltac



KOMMENTAR
DIETMAR NEUWIRTH

Mehr Tempo für Wien

Die Grünen wollen mehr Tempo-30-Zonen. Die Bezirke legen ein Veto ein.

Soll die Zahl der Tempo-30-Zonen in Wien weiter vergrößert werden? Doch, es gibt noch einige Kilometer Straßen, auf denen mit höherer Geschwindigkeit gefahren werden darf. Tatsächlich ist ja oft wegen des Verkehrsaufkommens nicht einmal Tempo 10 möglich. Wiens mitregierende Grüne machen sich nun für Tempo 30 stark. Das überrascht nicht angesichts des Koalitionspakts mit der SPÖ, in dem genau dieses Vorhaben niedergeschrieben ist.

Wenig überraschend ist auch der Widerstand, der aus VP-, aber auch SP-geführten Bezirksvorstellungen kommt. Dummerweise, viele werden sagen glücklicherweise, haben die Bezirke ein Vetorecht gegen derartige verkehrspolitische Vorhaben. Vielleicht lernen die Grünen ja aus ihren Erfahrungen des Mitregierens. Überdenken auch die Strukturen, wie sie Wien kennt, und schlagen mehr Tempo bei Reformen ein. Bezirksvorsteher sind die netten Onkel, die der Jetti-Tant zum 90er gratulieren und bei jedem Straßenfest mittrinken. Dann und wann dürfen sie zum Rathaus Nein sagen. Ob das zeitgemäß ist?

dietmar.neuwirth@diepresse.com

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag



Thema: Prater Wien

Autor: Köksal Baltac

VP-Oppositionspolitik wird „konstruktiv“ statt hart

Interview. Manfred Juraczka, der heute als nicht amtsführender VP-Stadtrat angelobt wird, ist gegen Fundamentalopposition und will mit anderen Parteien kooperieren – mit der Stadtregierung ebenso wie mit den Freiheitlichen.

VON MARTIN STUHLPFARRER

Die Presse: Sie sind neuer nicht amtsführender Stadtrat einer am Boden liegenden VP. Darf man gratulieren, oder muss man Sie dafür bemitleiden?
Manfred Juraczka: Man kann mir gerne gratulieren. Wir haben im letzten Oktober aber ein Ergebnis eingefahren, das weit unter unseren Möglichkeiten liegt. Jetzt geht es um einen Neustart.

Wie soll dieser Neustart aussehen?
Intern die Kommunikation zu verbessern, andererseits konstruktive Oppositionspolitik zu machen.

Ein nicht amtsführender Stadtrat hat weder Aufgabengebiet noch Budget. Haben Sie nicht einen unnötigen Job?
Skandale wie der Pratervorplatz zeigen, dass Kontrolle extrem wichtig ist. Das ist eine maßgebliche Funktion der nicht amtsführenden Stadträte. Sie sollen auch politische Gegenmodelle entwerfen. Es geht um die drei Punkte Eigentum, Eigenverantwortung und Einsatz.

Der Öffentlichkeit wurden Sie bekannt, weil Sie einen DNA-Test für Hunde gefordert hatten, um die Verursacher der Hundstrümmerl ausfindig zu machen.
Ich habe mich damals darum gekümmert. Die Stadt hat reagiert: Es gibt mehr Automaten mit Hundesackerln, es wird auch gestraft. Das Problem ist nun entschärft.

Welche Linie soll die ÖVP fahren, damit sie wieder auf die Beine kommt?
Ich führe keine Diskussion über liberal oder konservativ. Es geht um konstruktive Gegenmodelle zur Stadtregierung, z. B. mit attraktiveren Öffentlichen, deren Tarife nicht verteuert werden dürfen.

Da sind Sie auf der Linie der Grünen.
Man muss Anreize zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel geben. Es muss auch ein Miteinander im Straßenverkehr geben. Das gilt auch für Radfahrer.

Die Grünen wollen nun flächendeckend Tempo 30 in Wien. Sie auch?
Bei Schulen und Krankenhäusern mag es sinnvoll sein, ich bin aber gegen eine flächendeckende Einführung in Wien. Wenn jetzt bei den Grünen aber schon von Tem-

po-20-Zonen die Rede ist, ist das nur noch reine Schikane.

Wird es eine engere Zusammenarbeit mit der FPÖ geben?
Es kann eine Zusammenarbeit geben, z. B. bei der Stärkung der Familie oder der Sicherheit. Aber es kann genauso mit den Grünen eine Zusammenarbeit geben. Bei

den Themen Umweltbewusstsein und Nachhaltigkeit bin ich gerne dazu bereit, ein Mitstreiter von Maria Vassilakou zu sein.

Es wird also keine harte, kantige Oppositionspolitik geben?
Es wird eine konstruktive Oppositionspolitik geben.

Wie viel Zeit soll sich die Partei für die Suche nach einem neuen Chef nehmen?
Eine sorgsame Auswahl geht vor Zeit. Der Obmann oder die Obfrau soll vor Weihnachten gefunden werden. Es muss bei den Wahlen gelingen, die ÖVP wieder zu stärken.

Haben Sie Interesse an diesem ungeliebten Job als neuer Obmann?
Wenn ich mich meiner Aufgabe im Stadtsenat so widme, wie ich es möchte, bin ich mit dieser Arbeit ausgefüllt.

Angelobung als Stadtrat war Juraczka Marketing- und Salesmanager bei Alcatel.

Zur Person



Manfred Juraczka (42) ist ab heute, Donnerstag, neuer nicht amtsführender VP-Stadtrat. Er folgt Wolfgang Gerstl nach, der in den Nationalrat gewechselt ist. Der Vater eines zehnjährigen Sohnes ist auch VP-Bezirksparteiobmann in Hernals und war dort einige Jahre Bezirksvorsteher-Stellvertreter. Er bekleidete bereits verschiedene Funktionen innerhalb der jungen ÖVP und des ÖAAB. Bis zu seiner

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag